

- Aufbau leistungsfähiger Geschäftsbanken
- Abbau des Staatseinflusses; solide Staatsfinanzen.
- 7. Soziale Absicherung von Renten und Einkommen (z. B. Rentenerhöhung, Wohngeld, Kindergeld), Aufbau eines leistungsfähigen sozialen Sicherungssystems (Ziel: einheitliches Sozialleistungssystem in Deutschland).
- 8. Schrittweise Übernahme der bundesdeutschen Umweltstandards in der DDR (mittelfristiges Ziel: Umweltunion).

Nr. 158
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Modrow
Davos, 3. Februar 1990

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 80, Bl. 27–32. – Vermerk des MDg Neuer, 5. Februar 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik“.

Weitere Anwesende

auf DDR-Seite:

Dr. Karl-Heinz Arnold, persönlicher Mitarbeiter beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR

auf unserer Seite:

MDg Dr. Neuer als Note taker.

Der Bundeskanzler eröffnet das Gespräch mit der Bemerkung, daß man evtl. nochmals vor dem für den 13. Februar 1990 geplanten Treffen auf anderer Ebene Kontakt aufnehmen wolle. Er bittet MP Modrow, ihn jederzeit anzurufen, falls die Umstände dies erforderten. Er sehe die Lage sehr kritisch. Gorbatschow habe ihm gestern eine kurze Botschaft auch in diesem Sinne geschickt.¹ Die Verhältnisse dürften nicht weiter destabilisiert werden. Er habe auch mit Präsident Bush Kontakt.

Der Bundeskanzler teilt MP Modrow mit, daß dem BND Anweisung gegeben worden sei, keine Briefe aus der DDR mehr zu kontrollieren und auch die Telefonkontrolle einzustellen. Es liege ihm daran, wenn Herr Modrow sich – was die Kontrollen in der DDR angehe – massiv in dem gleichen Sinne äußere. Er halte dies für wichtig, weil diese Frage hochgespielt werde.

MP Modrow bemerkt dazu, es gebe keine Kontrollen in der DDR. Dies sei nicht machbar. Der BND höre jedoch nicht damit auf, mit übergelaufenen Stasi-Leuten zu reden. Ein Beweis hierfür sei z. B., daß bei der Besetzung des Gebäudes des Stasi in der Normannenstraße am 15. Januar genau die Räume gestürmt worden seien, wo ein bestimmter früherer Mitarbeiter des Stasi gearbeitet hatte.

Der Bundeskanzler wirft ein, diese Vorgänge müßten von der Tagesordnung verschwinden. MP Modrow wiederholt, in der DDR werde nicht mehr abgehört und nicht kontrolliert. Zur Lage bemerkt er, wenn man die Situation im Dezember mit der jetzigen Situation vergleiche, müsse man feststellen, daß sie enorm eskaliert sei. Am Runden Tisch habe er geäußert, die neue Phase der revolutionären Umwälzung habe zwar viel Gutes in Bewegung gebracht; es gebe aber kaum noch Einfluß der etablierten Parteien. Es herrsche eine solche Spontaneität, daß alles „an uns vorbeigeht“. Er versuche mit dem Runden Tisch eine Regierung der nationalen Verantwortung zustande zu bringen. Dies sei keine Wahltaktik. Er sehe

1 Nr. 156.

sich nicht an eine Partei gebunden. Alle sagten, niemand außer ihm könne das machen. Er könne nicht aus dieser Verantwortung schlüpfen. Die Frage nach der Chancengleichheit beantwortete sich so, daß jeder seine Chance nutze. Der eine mache dies gut, der andere weniger gut. Am Montag werde die Regierung der nationalen Verantwortung gebildet.² Die Linke sei leider ausgeschert.

Er wolle auch bemerken, daß das Vorziehen des Wahltermins auf den 18. März keine taktischen Gründe habe. Man sehe darin die Chance einer politischen Beruhigung. Seine Überlegungen zur Zukunft Deutschlands habe er angestellt, weil das Verlassen der DDR nicht aufhöre. Er habe diese Überlegungen weder innerhalb der Regierung noch mit dem Runden Tisch abgestimmt. Dies wäre auch überhaupt nicht möglich gewesen. Nach der Besprechung mit Gorbatschow³ habe er diese persönliche Initiative ergriffen. Die Situation habe ihm keine andere Wahl gelassen. Bei seinen Überlegungen hätten die sowjetischen Interessen wie auch die Bündnisinteressen der Bundesrepublik eine Rolle gespielt, z.B. die Neutralität. Seine und des Bundeskanzlers Verantwortung bis zum 18. März sei groß. In der DDR werde die Bevölkerung sehr unruhig. So fragten beispielsweise die Bauern, ob die Bodenreform in der DDR Bestand habe, wenn sie frühere Großgrundbesitzer durch Mecklenburg fahren und ihre alten Besitzungen besichtigen sehen. In den Betrieben fragten die Menschen, ob die Enteignung rechtmäßig gewesen sei. Es herrsche große Rechtsunsicherheit. Man könne sagen, daß die DDR-Bürger etwa so wie jetzt leben möchten und gleichzeitig das Einkommen und den Wohlstand der Bürger in der Bundesrepublik genießen.

Auf eine Zwischenfrage des Bundeskanzlers fährt MP Modrow fort, die Bauern forderten, daß vor dem 18. März die Bodenreform als rechtmäßig erklärt werde. Zur Lage im wirtschaftlichen Bereich bemerkt er, man erlebe jetzt, daß die Bundesbürger so billig und gut wie nie in der DDR lebten. Die Medien in der Bundesrepublik veröffentlichten dies auch. Die DDR subventioniere jetzt die Bundesbürger mit. Auf eine entsprechende Bitte des Bundeskanzlers sagt MP Modrow zu, die Daten vom Januar zu übersenden.

MP Modrow fährt fort, die Begegnung in Dresden sei gut gewesen. Die Lage sei über Weihnachten und bis zum neuen Jahr relativ stabil gewesen. Jetzt überlegten jedoch die Menschen, was sie tun sollten. Die lokale Verwaltung zerfasere. Jedem Amtsträger werde etwas angelastet. Bei den gewählten Amtsträgern werde der Vorwurf des Wahlbetrugs erhoben. Er habe Bischof Forck von der Evangelischen Kirche um ein Wort in dem Sinne gebeten, daß man bis zum Datum der Kommunalwahlen am 6. Mai weitermachen müsse, wenn auch einige Änderungen vorher nicht ausgeschlossen seien. Zu dem gegen ihn erhobenen Vorwurf, er sei zu spät an den Runden Tisch gegangen, wolle er bemerken, daß er seit der dritten Beratung⁴ dort teilgenommen habe. Er habe den Eindruck gehabt, der Runde Tisch brauche zunächst etwas Zeit, um Demokratie zu lernen und sich Sachfragen zu widmen. Zum Teil sei dort wenig Sachkompetenz vorhanden. Dies baue sich jetzt langsam auf. Das Grundanliegen bleibe, man brauche Zeit, um die Entwicklung steuern zu können. Wichtig sei es, daß die Bürger weiter arbeiten gehen. Die Streiks und Demonstrationen erschwerten die Lage zusehends. Das Zuwachsen aufeinander sei unumgänglich. Das „Wie“ entscheide sich in den

2 In der am 5. Februar 1990 gebildeten „Regierung der nationalen Verantwortung“ unter Ministerpräsident Modrow waren neben den früheren Parteien des Demokratischen Blocks (SED bzw. SED-PDS, ab 4. Februar 1990 nur noch PDS, CDU, LDPD, DBD, NDPD) Parteien und Gruppierungen des Runden Tisches (Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Grüne Liga, Grüne Partei, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, SPD, Unabhängiger Frauenverband) jeweils durch einen Minister ohne Geschäftsbereich vertreten. Die Regierungsumbildung war von Ministerpräsident Modrow als Teil eines vier Punkte umfassenden Programms mit Repräsentanten des Runden Tisches am 28. Januar vereinbart und am folgenden Tag in der Volkskammer bekanntgegeben worden (Volkskammer. 9. Wahlperiode. Protokolle. Bd. 25, 423).

3 Nr. 156 Anm. 1.

4 Die dritte Sitzung des Runden Tisches fand am 22. Dezember 1989 statt.

nächsten Tagen und Wochen. Ob es berechenbar sei oder nicht, könne man nicht sagen. Die Entwicklung gehe rasant vor sich. Dies seien alles Fakten. Er wisse, die SED/PDS werde bei den Wahlen keine große Chance haben. Er gehöre aber nicht zu denen, die vor der Verantwortung davonlaufen. Er sei keiner Partei verpflichtet. Er lebe mit den Kräften, die in der Regierung vertreten seien. Ab Donnerstag seien 13 Parteien in der Regierung. Diese Regierung werde die Geschäfte bis zum 18. März führen, was keine Kleinigkeit sei. Er handele aus Patriotismus. Nach seinem Ausscheiden habe er keine Sicherheit in bezug auf seine Versorgung zu erwarten. MP Modrow kommt nochmals kurz auf seine Überlegungen zu Deutschland zu sprechen und betont, daß er von Moskau nicht damit „bestückt worden“ sei. Gorbatschow habe jedoch seiner Einschätzung zugestimmt und das Konzept für die Vier Mächte für annehmbar und für Europa als tragbar angesehen.

Der Bundeskanzler sagt hierzu, er glaube nicht, daß dies unser Problem sei. Er werde sehr bald mit Gorbatschow über diese Frage reden. Es wäre grundfalsch, die jetzige Situation auszunutzen. In den nächsten 14 Tagen werde Herr Modrow hören, daß die Bundesrepublik Deutschland auf die UdSSR zugehe, um ihr konkret zu helfen.

MP Modrow wirft ein: „Vergessen Sie uns nicht!“

Der Bundeskanzler fährt fort, es wäre fatal, wenn wir sagten, die DDR stehe uns am nächsten und die anderen, wie z. B. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, erhielten nichts. Er dankt MP Modrow für die große Offenheit seiner Darlegungen. Er respektiere dies in besonderer Weise. Die Lage habe sich seit Dresden dramatisch verschlechtert. Der Zerfall der Staatsautorität sei auf allen Ebenen festzustellen. Man müsse überlegen, welche dramatischen Schritte vor dem 18. März helfen könnten.

MP Modrow äußert die Auffassung, man müsse den Menschen eine Perspektive geben. Man dürfe jetzt nicht nur über die Frage der Neutralität diskutieren, sondern über das Machbare. Der 18. März dürfe kein „Grenztermin“ sein. Es sei jetzt schon in der Regierung eine sehr große Breite gegeben. Wahrscheinlich sogar eine größere Breite als nach der Wahl. Alle stünden in der Verantwortung. Dies sollte auch von außen so angenommen werden. Die Bildung der neuen Regierung sei ein Schritt, der als verantwortungsvoll bewertet werden müsse. Das Zutrauen in der DDR auf echte Leistungen der Bundesrepublik sei nicht mehr sehr groß. Wo bleibe die wirkliche Hilfe? Das Angebot von BM Haussmann⁵ sei zu wenig. Es könne kein Resultat, das ins Gewicht falle, haben. Er habe seine Idee (15 Mrd. DM) BM Seiters und StS von Würzen übermittelt. Herr von Würzen habe eine konkrete Liste⁶. Darin seien u. a. 4 Mrd. DM für die direkte Versorgung mit Nahrungsmitteln und Textilien für eine gewisse Zeit vorgesehen. Man sei jetzt an dem Punkt angekommen, daß man Gemeinschaftsunternehmen gründen müsse und nicht nur davon rede. Er würde gerne schneller an die Subventionen herangehen und sie abbauen. Aber wie solle das bewerkstelligt werden? Bei der Kinderkleidung habe man diesen Versuch gemacht. Bei der Umpreisung eines Paketes von 30 Mrd. seien hierfür 300 000 Menschen am Wochenende nötig. Wenn er vorher mit dem Runden Tisch diskutiere und sich die Angelegenheit eine Woche hinziehe, sei die DDR „erledigt“. Mit Unterstützung der Bundesrepublik müsse man über den März hinweg bis Anfang Mai kommen. Wenn dies nicht erfolge, könne alles passieren.

Der Bundeskanzler spricht die Währungsfrage an.

MP Modrow bemerkt, die DM als Alleinwährung sei eine Lösung. Es müsse dann in der DDR entsprechend der niedrigeren Produktivität ein niedrigerer Lohn gezahlt werden.

5 In dem Jahreswirtschaftsbericht 1990, vom Bundeskabinett am 22. Januar 1990 verabschiedet, schlug die Bundesregierung einen Katalog von Maßnahmen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der DDR vor (Bulletin. Nr. 13. 23. Januar 1990, 89–108, hier 94). Bundesminister Haussmann erläuterte das Hilfsangebot an die DDR bei der Einbringung des Jahreswirtschaftsberichts am 26. Januar 1990 vor dem Deutschen Bundestag (Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenogr. Berichte. Bd. 152. Plenarprotokoll 11/192, 14779–14783, hier 14781 f.).

6 Nr. 145 Anm. 7.

Der Bundeskanzler schlägt vor, eine kleine Gruppe zu bilden, die diese Frage bespreche. Er bittet um die Übermittlung von Namen von zwei bis drei auch unorthodox denkenden Personen in den nächsten 48 Stunden. Die Namen sollten seinem Büro unmittelbar benannt werden.

Der Bundeskanzler stellt fest, daß er die Dramatik durchaus begriffen habe. Wenn man mit den Vier Mächten eine Lösung finden wolle, dürften sie uns nicht als ein Protektorat ansehen. PM Thatcher habe dies offensichtlich nicht ganz verstanden. Die Haltung des französischen Präsidenten sei anders. Er habe ihm gegenüber erklärt, 80 Millionen Deutsche seien eine Realität und Frankreich akzeptiere Realitäten. Er habe sich auch klar für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ausgesprochen. Er, der Bundeskanzler, begrüße dies. Mitterrand habe gegenüber dem Bundeskanzler auch geäußert, daß der Bundeskanzler nicht alleinstehe. Im übrigen sei er davon überzeugt, daß der Wähler einen gesünderen Instinkt habe als ein großer Teil der politischen Führung. Er wolle Frieden und Wohlstand.

Das Gespräch wendet sich dann noch kurz der Lage Honeckers zu. Zu seiner persönlichen Zukunft bemerkt MP Modrow, es werde sich zeigen, was nach dem 18. März geschehe.

Das Gespräch dauerte 1 Stunde.

Neuer

Nr. 159
Gespräch des Ministerialdirektors Teltshik mit Botschafter Walters
Bonn, 4. Februar 1990

BK, 212 – 35400 We 35 Bd. 1. – Vermerk des MD Teltshik, 7. Februar 1990. – Gesprächsbeginn: 13.00 Uhr.

Walters berichtete, daß er den Auftrag von Außenminister Baker habe, mich persönlich über das Gespräch mit Außenminister Genscher am 2. Februar 1990¹ zu unterrichten.

Dieses Gespräch habe zwei Stunden gedauert. Genscher habe die Botschaft vermittelt, daß sich der Zug in Richtung deutscher Einheit in schneller Fahrt befinde. Der Prozeß der Einigung sei in vollem Gange und könne stabilisiert werden.

Es sei vorgesehen, nach den Wahlen am 18. März einen Vertrag über die Einheit zu schließen, um die fortschreitende Umsiedlung zu stoppen.

Genscher habe bekräftigt, daß eine Neutralisierung Deutschlands nicht in Frage komme. Deutschland werde in der NATO verbleiben. Die NATO solle jedoch nicht auf das Gebiet der DDR ausgeweitet werden. Dies solle gegenüber der Sowjetunion versichert werden.

Genscher habe seine Ausführungen von Tutzing² erläutert. Er habe den KSZE-Prozeß als Vehikel für neue Sicherheitsvereinbarungen bezeichnet, die der Sowjetunion Sicherheit garantieren sollen. Genscher sei für einen KSZE-Gipfel in 1990 und 1992 eingetreten. Auf dem KSZE-Gipfel im Herbst 1990 solle die Schlußakte bekräftigt werden.

Genscher habe auch davon gesprochen, daß auf diesem KSZE-Gipfel über die deutsche Einigung gesprochen werden solle. Außerdem solle eine Institutionalisierung der KSZE angestrebt werden. Dies gebe der Sowjetunion die Möglichkeit der Gesichtswahrung.

Baker habe erläutert, daß alle Signale, die sie von der Sowjetunion erhielten, deutlich machten, daß sie über die Entwicklung in Zentraleuropa sehr nervös seien.

1 Zu dem Treffen zwischen Bundesminister Genscher und Außenminister Baker am 2. Februar 1990 in Washington (D.C.): Genscher, *Erinnerungen*, 715–719; Baker, *Drei Jahre, die die Welt veränderten*, 176.

2 Rede des Bundesministers Genscher anlässlich der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, „Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen“, 31. Januar 1990, in: *Der Bundesminister des Auswärtigen informiert*. Mitteilung für die Presse Nr. 1026/90.